

Übersichten

Außenpolitik

*(1) Bundeskanzler Kohl in China

Vom 15. bis 20. November besuchte der deutsche Bundeskanzler die VR China und hielt sich dort in Beijing, Shanghai und Guangzhou auf.

In der Begleitung des Kanzlers befanden sich 180 Personen, darunter die vier Minister Rexrodt (Wirtschaft), Bötsch (Post), Spranger (Entwicklungshilfe) und Krüger (Forschung), daneben 40 führende Manager der deutschen Wirtschaft. (XNA, 16.11.93)

Kohl hatte die VR China bereits im Oktober 1984 und im Juli 1987 besucht. Es war dies also seine dritte Chinavisite, die unter dem wenig zusammenpassenden Doppelaspekt "Geschäfte" und "Menschenrechte" stand - kein Wunder, war sie doch die erste ihrer Art seit dem Tiananmen-Massaker von 1989 und markierte damit zugleich auch einen Neubeginn der in den Jahren zwischen 1972 und 1988 bereits harmonisch angelaufenen deutsch-chinesischen Beziehungen. Man werde sich, wie Wirtschaftsminister Rexrodt seinen chinesischen Gesprächspartnern gegenüber zu verstehen gab, um "langfristige Entwicklungen mit China" bemühen. (XNA, 12.11.93) Mit diesem Satz bezog er sich auf einen Ausspruch Deng Xiaopings gegenüber Kohl vom Juli 1987. (XNA, 17.11.93)

Die Mahnung zu mehr Weitsicht hatte wohl auch damit zu tun, daß die deutsche Wirtschaft sich als Investor nicht gerade glänzend geschlagen hat. Deutsche Unternehmen haben nämlich von 1979, dem Jahr des Joint Venture-Gesetzes, bis 1992 mit 500 Mio.US\$ gerade 1,4% zu den im gleichen Zeitraum von Ausländern insgesamt investierten 34 Mrd.US\$ beigetragen. Auch mit einem bilateralen Handelsvolumen von

17 Mrd.DM i.J. 1992 stand Deutschland hinter Hongkong, Japan, den USA und Taiwan erst an fünfter Stelle.

Nachdem inzwischen die dreijährige China-Skepsis in eine regelrechte China-Euphorie umgeschlagen ist, scheinen die Rückstände allerdings schnell abgebaut zu werden.

Kohl traf schon wenige Stunden nach seiner Ankunft mit Ministerpräsident Li Peng zusammen - ein etwas peinlicher Anlaß, da Li als einer der Hauptdrahtzieher des gewaltsamen Vorgehens gegen die Studenten vom Juni 1989 gilt. Chinesischerseits wurde die Gesprächsatmosphäre als "offen, konstruktiv und freundlich" bezeichnet.

Kohl erledigte hierbei sein Pflichtprogramm in Sachen Menschenrechte. Die Liste, die er dem chinesischen Ministerpräsidenten überreichte, enthielt die Namen von 20 bekannten politischen Gefangenen, die im Zusammenhang mit der "Pro-Demokratie-Bewegung" von 1989 ins Gefängnis geworfen worden waren. U.a. standen auf der Liste die Namen von zwei Sozialwissenschaftlern, Wang Juntao und Chen Ziming, die am Regime lediglich Kritik geübt hatten, ohne je Gewalt eingesetzt zu haben. Die Namensliste war von amnesty international und der deutschen Bischofskonferenz zusammengestellt worden. Kohl meinte noch auf der Reise, daß bereits erste positive Signale gegeben worden seien. Weitere Einzelheiten wurden allerdings nicht bekannt.

Li Peng wies in seinem ersten Gespräch mit Kohl auf die "große Bedeutung" der bilateralen Beziehungen hin und erwähnte, daß es zwischen beiden Seiten "keine Streitigkeiten über fundamentale Interessen" gebe. China und Deutschland stünden ferner wirtschaftlich "komplementär zueinander" und besäßen daher ein riesiges Potential für die weitere Ausdehnung der bilateralen Zusammenarbeit. Unter diesen

Umständen sollten beide ihren Blick auf eine langfristige Politik bis ins 21. Jh. hinein richten. (XNA, 16.11.93) Das Importvolumen Chinas in den ersten drei Jahren des 8. Fünfjahresplans (1991-95) habe bereits eine Summe von 240-250 Mrd.US\$ erreicht und werde bis Ende des Fünfjahresplans wohl bei 400 Mrd. liegen. China hoffe, daß die deutschen Unternehmer die Chancen wahrnehmen, die in diesem Potential lägen.

Auch bei anderen Gesprächen war immer wieder von dem Wunsch nach Langfristigkeit und Weitsicht die Rede. (XNA, 17.11.93)

In der Tat kam es dann ja auch zu zahlreichen zukunftssträchtigen Vereinbarungen.

Ein deutsches Firmenkonsortium unter Führung von Siemens schloß einen 700 Mio.DM-Vertrag über den Bau der U-Bahn im südchinesischen Guangzhou ab. Ferner sagte China den Erwerb von sechs neuen Airbus-Flugzeugen zu. Darüber hinaus wurden zahlreiche Absichtserklärungen abgegeben.

Beide Seiten unterzeichneten ferner Abkommen zur Zusammenarbeit im Umweltschutz, in der Wissenschaft, im Post- und Telekommunikationswesen, über kulturellen Austausch und über die friedliche Nutzung von Raumfahrtprojekten. (Weitere Einzelheiten siehe unter "Außenwirtschaft".)

Am 16. November traf der Kanzler mit Staatspräsident Jiang Zemin zusammen. Beide Seiten wiesen auf die gewaltigen Veränderungen beider Länder in den letzten Jahren hin, vor allem die Wiedervereinigung Deutschlands und die chinesische Wirtschaftsreform.

Jiang betonte in diesem Zusammenhang, daß China zur Entwicklung langfristiger stabiler Beziehungen mit Deutschland bereit sei.

Kohl wies auf das beträchtliche Potential für eine erweiterte bilaterale Zusammenarbeit hin, vor allem im Bereich der Hochtechnologie. Außerdem hob er hervor, daß Deutschland Chinas ständige Unterstützung einer Politik der deutschen Wiedervereinigung niemals vergessen werde. Deutschland wolle sich hierfür erkenntlich zeigen und unterstütze nun seinerseits Bei-

jings "Ein-China-Politik". Jiang nahm die Einladung Bundespräsident von Weizsäcker nach Bonn entgegen.

Am 16. November auch empfangen Qiao Shi, der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, und Zhu Rongji, der Stellvertretende Ministerpräsident und Verantwortliche für Wirtschaftsfragen, den deutschen Kanzler zu ausführlichen Gesprächen.

In Shanghai besichtigte Kohl die neu-erwachte Hafencity, ferner das Volkswagenwerk, das dort täglich 360 Pkws des Typs Santana produziert, und schließlich die Tongji-Universität, in der Deutsch neben Chinesisch gleichberechtigte Unterrichtssprache ist und deren Rektor dem Kanzler u.a. auch die Ehrendoktorwürde verlieh. (XNA, 18. und 19.11.93) An der Tongji-Universität hielt er auch seine einzige öffentliche Rede während des ganzen einwöchigen Chinabesuchs.

Kohl beendete seine Reise mit Abstechern nach Hongkong und schließlich nach Moskau.

Die Reise des Kanzlers hat viel Tadel (Menschenrechtsorganisationen, Teile der politischen Opposition), aber auch viel Lob erfahren - letzteres allerdings, wie es scheint, an falscher Stelle: waren es doch nicht so sehr die Einkaufserfolge als vielmehr die Schrittmacherdienste beim Wiederaufbau eines deutsch-chinesischen Beziehungsnetzwerks, die am Ende zählen dürften. Was die chinesischen "Bestellungen" in Höhe von rd. 7 Mrd. DM anbelangt, so schrumpfen sie durchaus auf Normalmaß zusammen, wenn man sie kritisch beleuchtet: Erstens nämlich gleichen sie noch nicht einmal das Defizit aus, in das die deutsche Wirtschaft gegenüber China seit Beginn des laufenden 8. Fünfjahresplans der Volksrepublik (1991/95) geraten ist: 1991 mußte Deutschland ein Minus von 7,5 Mrd. DM, 1992 ein solches von 5,74 Mrd. hinnehmen. Zweitens sind einige der wichtigsten Aufträge (z.B. der U-Bahn-Bau in Guangzhou) entweder mit weichen Krediten zu finanzieren (die wiederum den deutschen Steuerzahler belasten) oder sie kommen auch anderen Europäern zugute, wie z.B. die Airbus-Bestellungen.

Gleichwohl ist Kohl den richtigen Weg gegangen, weil er nach einer Durststrecke von vier Jahren die durch die

Ereignisse von 1989 zerrissenen Fäden wieder zusammengeknüpft und Berührungspunkte abgebaut hat.

Im Zusammenhang mit der Kanzlerreise wäre die deutsche Öffentlichkeit gut beraten, sich drei Asien-Maßstäbe zueigen zu machen:

Erstens muß jedes Unternehmen, das im 21. Jh. überleben will, auf dem asiatischen Markt präsent sein.

Zweitens verengt sich das hier gemeinte "Asien" immer mehr auf China, und zwar nicht so sehr auf die Volksrepublik im engeren Sinn, sondern auf die mitten im Entstehen begriffene "Großchinesische Wirtschaftszone", in die all jene Teile der chinesischen Welt hineinzuwachsen beginnen, die nach marktwirtschaftlichen Gesetzen funktionieren, also etwa Taiwan, Hongkong, Singapur und die zirkumpazifischen Auslandsgemeinden sowie neuerdings auch die besonders leistungsfähigen Provinzen der Volksrepublik China, allen voran die "Fünf Drachen" an der Südostküste.

Drittens entstehen diese Netzwerke, in die sich durchaus auch außerregionale Interessenten einflechten könnten, keineswegs durch formale "Maastrichter Verträge", sondern fast ausschließlich auf der Grundlage informeller "Guanxi", d.h. personeller Beziehungen. Es ist der Personalismus, der hier allen Geschäften die Würze gibt. Nicht nachdrücklich genug kann man betonen, daß die Chinesen solche Guanxi im außerasiatischen Bereich am liebsten mit den Deutschen anknüpfen würden.

Ökonomisch führt in Asien künftig kein Weg mehr um China herum: 1992 lag das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts bei einem Rekord von 12%. Der Außenhandelsumsatz erreichte 166, das ausländische Investitionsvolumen 31 Mrd. US\$. China ist also sehr wohl in der Lage, auch Großimporte zu finanzieren. Erkauft werden mußte dieser Zuwachs freilich mit zweistelligen Inflationsraten sowie einem Übermaß an Korruption.

Kohl hat in China zumindest wirtschaftlich ein deutliches Signal gegeben. Aber er hat sich mit seiner Reise auch keineswegs von den Menschenrechten verabschiedet:

Einmal besteht die chinesische Nomenklatura nicht nur aus Li Pengs, sondern auch aus Parteiführern, die sich 1989 gegen Schießbefehle ausgesprochen haben, z.B. den damaligen KP-Obersten Shanghaier, Jiang Zemin und Zhu Rongji.

Zudem hat China seit dem 4. Juni 1989 einen Selbstläuterungsprozeß durchlaufen und dabei nach innen eine Menschenrechtsdiskussion in Permanenz, nach außen aber eine in diesem Ausmaß noch vor fünf Jahren undenkbar Versöhnungspolitik in Gang gesetzt, die zum Ausgleich beispielsweise mit Vietnam, Indonesien, Indien, Südkorea und Israel führte und die auch bei der Lösung der Kambodscha-Frage wohl-tuend gewirkt hat.

Ferner aber ist es fast schon eine (übrigens auch durch die Erfahrungen Taiwans bestätigte) Binsenweisheit, daß die Achtung der Menschenrechte nicht durch politischen Boykott, wirtschaftliche Sanktionen und Wahrnehmungsverweigerung erzwungen werden kann, sondern daß der Weg umgekehrt läuft: Nur wenn China nicht zum Sozialfall, sondern zu "einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand" wird, kann dort eine neue Mittelschicht und mit ihr der Humus für Mitbestimmung, Demokratie und Menschenrechte gedeihen. -we-

*(2)

Das APEC-Treffen von Seattle

Vom 16. bis zum 20. November 1993 fand im amerikanischen Seattle die 5. Sitzung der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) auf Ministerebene und die erste inoffizielle Sitzung der Führer der 15 Mitgliedsländer statt - ein bedeutsames Ereignis, das vor allem den Chinesen willkommen war, weil es hier zum ersten Mal seit dem Tiananmen-Massaker von 1989 wieder zu einem Treffen zwischen den Präsidenten Chinas und der USA kommen konnte.

Jiang Zemin und Clinton reisten persönlich an.

Die erste Sitzung der APEC hatte im November 1989 in der australischen Hauptstadt Canberra stattgefunden. Mitglieder waren damals bereits Australien, Brunei, Kanada, Indonesien, Japan, die Republik Korea, Malaysia,

Neuseeland, die Philippinen, Singapur, Thailand und die USA gewesen - also 12 Staaten. Bei der Sitzung im November 1991 stießen die "drei Chinas", nämlich die Volksrepublik, Taiwan und Hongkong, mit hinzu - die Zahl der APEC-Mitglieder lag damit bei 15.

Ziel der APEC ist es, den Freihandel (im Geist der GATT-Prinzipien) wenigstens im asiatisch-pazifischen Raum voranzutreiben und damit Signale für den Rest der Welt zu setzen.

Organisatorisch steht die APEC einstweilen zwar noch auf schwachen Beinen: sie besitzt ein Sekretariat in Singapur, ferner einen Ständigen Ausschuss und darüber hinaus zehn Arbeitsgruppen (für Handel, Investitionsdaten, Investition, Technologietransfer, Entwicklung des menschlichen Potentials, regionale Zusammenarbeit im Bereich der Energiewirtschaft, Schutz der maritimen Rohstoffe, Kommunikation, Verkehr und Tourismus). Das Ministertreffen der APEC, das einmal jährlich stattfindet, nimmt bei den Diskussionen der asiatisch-pazifischen Länder über stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Investition und Technologie aber schon heute eine führende Stellung ein.

Veranstalter der 1993er Sitzung waren die USA. Die Regierung Clinton ließ nach Seattle einladen, wobei sie von zwei Vorstellungen ausging:

Erstens wollte Washington sein Asien-Standbein verstärken. Bereits 1992 hatten die USA mit dem asiatisch-pazifischen Raum 344 Mrd. US\$ - nahezu 50% mehr als mit Europa - umgesetzt.

Zweitens wollen die USA langfristig eine "neue pazifische Gemeinschaft" gründen, deren Mitglieder dieselben Ziele und Wertvorstellungen teilen. Gleichzeitig wünschen sie, ihre "führende Rolle" im asiatisch-pazifischen Raum zur Geltung zu bringen.

Vorstellungen dieser Art stießen nicht überall auf ungeteilte Zustimmung. Vor allem von der "führenden Rolle der USA" zeigten sich nur wenige asiatisch-pazifische Staaten begeistert, zumal sie sich vom ständigen Pochen Washingtons auf eine "Demokratie amerikanischer Prägung" und auf die Menschenrechte genervt fühlen. Was allerdings die Erweiterung der gemein-

samen Wirtschaftsbeziehungen anbelangt, so stimmen die meisten Mitglieder nahtlos überein.

Lediglich Malaysia verfolgt eigene Vorstellungen und brachte den Gegenwurf eines "EAEC" (East Asian Economic Caucus) ein: bestehe doch der Schönheitsfehler der APEC darin, daß in diesem Gremium zahlreiche Staaten mitmischen wollten, die als "außerasiatische" Mächte anzusehen seien. Demgegenüber solle dem EAEC, das ähnliche Integrationsaufgaben wahrnehmen möge wie die APEC, kein "westliches" Land angehören, d.h. weder die USA noch Kanada noch Australien oder Neuseeland.

Da Washington auf diesen Vorschlag feindselig reagierte, blieb das EAEC-Projekt längere Zeit unter Verschluss und wurde nur von der malaysischen Regierung immer wieder hervorgeholt, für die der "Interessenclub" offensichtlich zu einer Prestigefrage geworden war. Erst bei der 26. Tagung der ASEAN-Außenminister im Juli 1993 wurde beschlossen, der EAEC grünes Licht zu geben. Sie sei, wie es hieß, der historisch erste Versuch der Wirtschaften Süd- und Ostasiens, mit *einer* Stimme zu sprechen. Streitig blieb allerdings, ob der "Caucus" ein Organ *innerhalb* oder aber *außerhalb* der APEC sei. Die erstere Option wurde von Indonesien, die letztere von Malaysia vertreten.

Am 20. November traf Jiang Zemin mit Clinton zusammen und bezeichnete dieses Ereignis als solches bereits als Zeichen eines "guten Beginns".

In einer Rede wies Jiang darauf hin, daß die APEC den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz folge und ganz den chinesischen Interessen entspreche. Das APEC-Forum solle eine "offene, flexible, locker geformte Vereinigung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine Organisation für konsultative Zwecke sein". (XNA, 22.11.93) Eines der Prinzipien der APEC müsse darin bestehen, daß jedem Mitglied ohne Vorbedingungen die Meistbegünstigungsklausel eingeräumt werde. Damit würde vor allem die notorisch jedes Jahr neu zu treffende Entscheidung der US-Regierung über die Fortsetzung der Meistbegünstigung an China entfallen.

Schon am Vorabend der Konferenz hatte der frühere Ministerpräsident von Singapur, Lee Kuan Yew, dem amerikanischen Präsidenten geraten, den Chinesen ein Zeichen zu geben, daß die Volksrepublik künftig als strategischer Partner und nicht als "Dritt-Welt-Paria" behandelt werden solle. (AWSJ, 11.11.93)

Am Ende der APEC-Konferenz wurde ein "Economic Vision Statement" der APEC-Führer herausgegeben, das als "Ergebnis ihrer Diskussionen und Konsultationen" bezeichnet wurde. (XNA, 26.11.93)

Mit der Beteiligung Jiang Zemin an der Konferenz hat China erneut sein Interesse an einer gesamt-pazifischen Zusammenarbeit demonstriert - eine epochale Wende, wenn man bedenkt, daß noch 24 Jahre vorher das Konzept der "strategischen Einkreisung der Weltstädte durch die Weltdörfer" offizielles außenpolitisches Konzept der VR China gewesen war! -we-

*(3)

Positive Bewertung der NAFTA

Am 20. November 1993 beseitigte der US-Kongreß die letzte Hürde für das Zustandekommen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens "NAFTA", das innerhalb von 15 Jahren (beginnend am 1.1.1994) dazu führen soll, daß zwischen den USA, Kanada und Mexiko sämtliche Zollschränken fallen. Dadurch entsteht die größte Freihandelszone der Welt mit einer Bevölkerung von 360 Millionen und einem Gesamt-BSP von 6,4 Billionen US\$.

Die USA und Kanada hatten das erste Freihandelsabkommen bereits 1988 unterzeichnet. Mit Mexiko unterzeichnete die US-Regierung ein entsprechendes Abkommen i.J. 1991.

Freilich gab es von seiten der amerikanischen Gewerkschaften, der US-Umweltschutzorganisationen und einiger demokratischer Abgeordneter im Kongreß heftigen Widerstand. Vor allem wiesen die Kritiker auf die Verlagerung amerikanischer Industrien ins "billigere" Mexiko - und damit auf drohende Arbeitslosigkeit im Mutterland hin. Amerikanische Umweltschutzorganisationen äußerten die Befürchtung, daß infolge dieser Industrieab-

wanderung vor allem die Grenzgebiete zwischen den USA und Mexiko massiv geschädigt würden.

All diese Einwände veranlaßten die Clinton-Regierung zu Zusatzforderungen in den Bereichen Arbeitsplätze und Umweltschutz.

Zugunsten der NAFTA brachte die Clinton-Regierung vor allem drei Argumente ins Spiel, nämlich (1) das antiprotektionistische Image der USA, (2) das Gegengewicht zum Vereinten Europa und zur ständig zusammenwachsenden ostasiatischen Region und (3) die Verbesserung der Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen.

China leistete der Unterzeichnung des NAFTA-Abkommens demonstrativen Beifall. Die NAFTA sei "von einer bloßen Vision zur Wirklichkeit" geworden. (XNA, 20. und 21.11.93) -we-

* (4)

Jiang Zemins Lateinamerikabesuch

Vom 21. bis 28. November 1993 besuchte Staatspräsident Jiang Zemin im Anschluß an die APEC-Konferenz in Seattle die beiden lateinamerikanischen Staaten Kuba und Brasilien. (Einzelheiten dazu im Thema des vorliegenden Hefts) -we-

* (5)

Empörung über das Flugzeugentführer-"Paradies" Taiwan

Am 22. November 1993 äußerte ein Sprecher des Ministeriums für Staatssicherheit seine Empörung darüber, daß die "taiwanesischen Behörden" es nach wie vor ablehnten, Flugzeugentführer vom chinesischen Festland zu repatriieren.

Zwischen Januar und Mitte November des Jahres 1993 waren nicht weniger als 7 Zivilflugzeuge der VRCh nach Taiwan entführt worden, zwischen dem 4. und dem 12. November sogar 3 Flugzeuge innerhalb von nur 8 Tagen - ein einsamer Rekord. (XNA, 22.11.93)

Der Sprecher erinnerte daran, daß Taiwan 1983 einen "Präzedenzfall für viele Verbrecher" geschaffen habe, als es einen gewissen Zhuo Changren, der damals ein CAAC-Flugzeug nach Süd-

korea entführt hatte, nach Taiwan verbringen und ihn dort als "antikommunistischen Helden" feiern ließ.

Die CAAC, also die "Chinesische Hauptverwaltung für Zivilluftfahrt", führe zwar strengste Kontrollen auf den Flughäfen durch, könne aber gleichwohl nicht immer verhindern, daß Bombenimitationen in die Flugzeuge eingeschmuggelt werden, mit deren Hilfe es den Entführern nun schon wiederholte Male gelungen sei, sich die Flugzeugbesatzung gefügig zu machen. Nur ein wirkliches Gegenmittel gebe es jetzt noch, nämlich die strenge - und generalpräventive - Bestrafung der Entführer. Die Weigerung Taiwans zur Repatriierung verbaue aber diesen Weg. Taiwan sei inzwischen zu einem "Zufluchtsort", ja zu einem "Paradies" der Entführer geworden. Sie bräuchten lediglich "politische Verfolgung" vorzugeben und schon erhielten sie Schutz. Taiwan möge aber nicht vergessen, daß die "Jinmen-Vereinbarung", die die Rote-Kreuz-Organisationen beider Seiten im September 1990 unterzeichneten, auch ein Rahmenwerk für die Lösung von Flugzeugentführer-Problemen enthielten. In Zukunft müsse die Repatriierungsfrage verstärkt zwischen der volksrepublikanischen "Gesellschaft für die Beziehungen beider Seiten der Taiwanstraße" (ARATS) und der taiwanesischen "Stiftung für Austausch über die Meeresstraße" (SEFT) hinweg diskutiert werden. -we-

Innenpolitik

* (6)

3. Plenartagung des XIV. ZK der KPCh verabschiedet programmatisches Dokument zur Absicherung des Entwicklungskonzepts von Deng Xiaoping

Das XIV. Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) kam vom 11. bis 14. November 1993 zu seiner 3. Plenartagung zusammen, um abschließend über den "Beschluß des ZK der KPCh über einige Fragen zur Errichtung eines Systems der sozialistischen Marktwirtschaft" zu beraten und diesen zu verabschieden. An der ZK-Tagung nahmen 182 der

188 ZK-Mitglieder (von den ursprünglich 189 ZK-Mitgliedern verstarb Tan Shaowen zwischenzeitlich) und 128 der 130 ZK-Kandidaten stimmberechtigt teil. Darüber hinaus waren 54 nicht näher beschriebene Spitzenfunktionäre ohne Stimmberechtigung anwesend. (RMRB, 15.11.93)

Dem offiziellen Kommuniqué der 3. Plenartagung zufolge stellt der ZK-Beschluß eine Systematisierung und Konkretisierung der vom XIV. Parteitag (Oktober 1992) für die Reform des Wirtschaftssystems festgelegten Ziele und Grundprinzipien dar. Der Beschluß sei der "Gesamtplan" (*zongti guihua*) für die Errichtung eines Systems der sozialistischen Marktwirtschaft in China, und er sei gleichzeitig ein "Aktionsprogramm" (*xingdong gangling*) für die Reform des Wirtschaftssystems in den 90er Jahren. (Ebenda)

Bei dem ZK-Beschluß handelt es sich um ein weiteres programmatisches Dokument zur längerfristigen Absicherung des Entwicklungskonzepts von Deng Xiaoping. Letzteres ist als "Theorie des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung" im Verlauf der letzten 13 Monate sowohl im Parteistatut (auf dem XIV. Parteitag im Oktober 1992) als auch in der Verfassung (auf der 1. Tagung des VIII. NVK im März 1993) festgeschrieben worden, und zwar für die gesamte Dauer der sog. "Anfangsphase des Sozialismus", die - nach dem erklärten Willen aller zentralen Führungsgremien von Partei und Staat - in China bis weit über die Mitte des 21. Jahrhunderts Bestand haben soll. Nach den entsprechenden Änderungen im Parteistatut und in der Verfassung stellt der ZK-Beschluß über die Errichtung eines Systems der sozialistischen Marktwirtschaft das dritte programmatische Grundsatzdokument dar, mit dem das politische Erbe Deng Xiaopings weit über seinen Tod hinaus abgesichert werden soll. Darauf weist auch die relativ häufige Erwähnung der "Theorie des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung" hin: Im relativ kurzen Kommuniqué wird dieser Begriff allein viermal genannt, im sehr langen ZK-Beschluß immerhin fünfmal. Dazu werden die "wichtigen Reden des Genossen Deng Xiaoping Anfang 1992" (in Südchina) jeweils einmal erwähnt. Darüber hinaus wer-